

## **Abstimmungskolumne Munz-Müller, Klettgauer Bote**

zu Abstimmung Name vom Datum

Datum; Martina Munz, Nationalrätin

2'500 Zeichen

### **Wes Brot ich ess, des Lied ich sing**

Vor Abstimmungen und Erneuerungswahlen fluten Flyer unsere Briefkästen. In den Zeitungen werden Inserate geschaltet, Köpfe und Abstimmungsparolen zieren die Plakatwände. In dieser Werbung steckt viel Geld. Und ganz offensichtlich hat Geld Einfluss auf unser Abstimmungsverhalten, sonst würde kein Franken in Wahl- und Abstimmungskampagnen investiert. Bis heute bleibt der Stimmbevölkerung verborgen, woher das Geld stammt. Transparenz wäre für die Demokratie und unser Politsystem jedoch ein wichtiges Gut. Immer mal wieder flackern Gerüchte auf. Beispielsweise wurde bekannt, dass sich bei der Abstimmung über das Geldspielgesetz ausländische Casinobetreiber mit namhaften Beiträgen im Nein-Komitee engagiert haben. Die Stimmbevölkerung war schockiert über die ausländische Einflussnahme auf Schweizer Gesetze! Überprüft werden kann der Geldfluss nicht, denn über die Politfinanzierung besteht in der Schweiz Geheimhaltung. Die Schweiz ist das einzige Land in Europa, das keine Transparenzregelung zur Politfinanzierung kennt. Auf eidgenössischer Ebene sind Bestrebungen im Gange, die allerdings von Lobbyorganisationen bekämpft werden. Es braucht aber auch Massnahmen auf kantonaler und kommunaler Ebene. Bereits in fünf Kantonen muss die Politfinanzierung offengelegt werden. Es gibt auch lokale Urnengänge bei denen Transparenz wichtig wäre. Wird bei einem Schulhausneubau das Ja-Komitee von einer Baufirma finanziert oder beim Spitalneubau das Nein-Komitee von Privatspitälern, dann hat das Stimmvolk Anrecht auf Transparenz. Geld kann sehr wohl bei kommunalen und kantonalen Abstimmungen eine grosse Bedeutung haben. Auch die Interessensbindung von Kandidatinnen und Kandidaten ist ein wichtiges Gebot, denn längst kennt man nicht mehr alle Kandidierenden persönlich. Es sollte eine Selbstverständlichkeit sein, dass die Stimmbevölkerung nicht nur Namen, Alter und Beruf sondern auch Interessensbindungen kennt. Die Bedenken, dass dadurch ein grosser Mehraufwand für die Parteien entsteht, sind nicht nachvollziehbar. Es gibt keinen nennenswerten Wahlkampf ohne Budget. Jede demokratisch organisierte Partei legt auch innerhalb der Partei ihre Finanzierung offen. Parteispenden können von den Steuern abgezogen werden, deshalb werden sie bereits detailliert registriert. Bis 3'000 Franken müssen sie aber nicht ausgewiesen werden, Kleinspenderinnen und Spender haben also nichts zu befürchten. Der Mehraufwand für die Transparenz hält sich also in Grenzen, gleichzeitig ist der Nutzen für die Demokratie gross. Unser Politsystem basiert auf Vertrauen. Nur mit Transparenz und einer konsequenten Offenlegung ist dieses Vertrauen gegeben, deshalb JA am 9.2.2020 für die Transparenzinitiative.